

## **TI\_GERICHTE 35.2001.68 vom 13. Juli 2001**

TI Tribunale d'appello, 2001-07-13, IT

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti\\_gerichte\\_35.2001.68](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_35.2001.68)

FR: TI\_GERICHTE 35.2001.68 du 13 juillet 2001

IT: TI\_GERICHTE 35.2001.68 del 13 luglio 2001

### **Regeste**

Sentenza o decisione senza scheda

### **Erwägungen**

#### **E. 5**

b/bb, 118 V 286 e 117 V 365 in fine; cfr., pure, U. Meyer-Blaser, Kausalitätsfragen aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts, in SZS 2/1994, p. 104s. e M. Frésard, L'assurance-accidents obligatoire, in Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht [SBVR], n. 39). 2.4. In concreto, dalle tavole processuali emerge che l'Istituto assicuratore convenuto ha negato che i disturbi uditivi lamentati da \_\_\_\_\_ siano riconducibili all'uno o all'altro degli infortuni assicurati e, pertanto, il diritto all'IMI, facendo essenzialmente riferimento al parere espresso dal dottor \_\_\_\_\_, spec. FMH in otorinolaringoiatria, chirurgia maxillo-facciale e medicina del lavoro. Dopo aver preso atto del contenuto del referto 19 settembre 2000 del dottor \_\_\_\_\_ (cfr. doc. \_) - ossia del sanitario che visitò l'assicurato il 21 agosto 2000 presso l'Ospedale regionale di \_\_\_\_\_ - il dottor \_\_\_\_\_, in data 20 novembre 2000, ha dichiarato che il peggioramento della situazione uditiva potrebbe (" dürfte ") benissimo essere stato causato dall'infortunio del 21 agosto 2000. Egli ha nondimeno affermato di non essere a conoscenza delle circostanze afferenti alla succitata evenienza, cosicché ha suggerito, segnatamente, d'interrogare in merito l'assicurato: " Uns liegt nun in der Tat der Bericht von Dr. \_\_\_\_\_ vor und wir erfahren, dass der Patient offensichtlich am 21.8. ein akutes akustisches Trauma erlitten hatte und deswegen eine Woche arbeitsunfähig war. Es liegt uns auch ein Reintonaudiogramm vor, welches eine deutliche Abnahme des Gehöres beidseits zeigt. Diese Zunahme gegenüber 1998 in erheblichem Ausmasse dürfte wohl auf dieses Ereignis zurückzuführen sein. Genaueres bezüglich dieses Ereignisses wissen wir nicht. Da hier allenfalls auch mittelfristig grössere Probleme noch auf uns zukommen könnten, sollte vielleicht der Patient gelegentlich durch einen Inspektor bezüglich der genauen Umstände des Ereignisses befragt werden. Im Weiteren sollte auch eine nochmalige \_\_\_\_\_ -ärztliche Kontrolle bei Dr. \_\_\_\_\_ in etwa einem halben Jahr stattfinden. Je nach dem wird dann noch eine Integritätsentschädigung zuzusprechen sein " (doc. \_). Dando seguito alle indicazioni fornitegli dal proprio medico fiduciario, l'\_\_\_\_\_ ha, dapprima, interpellato il responsabile della prevenzione degli infortuni e della produzione presso la \_\_\_\_\_ a proposito dell'evento traumatico dell'agosto 2000 (cfr. doc. \_) e, successivamente, raccolto il parere dell'ingegner \_\_\_\_\_, attivo presso la propria Sezione "acustica" (cfr. doc. \_). L'incarto - così completato - è quindi stato risottoposto al dottor \_\_\_\_\_, il quale è pervenuto alla conclusione che il danno uditivo di cui l'insorgente è portatore, non costituisce una conseguenza infortunistica né, d'altra parte, può essere trattato quale malattia professionale: " Bei diesem Patienten besteht heute eine

beidseitige, deutlich linksbetonte Hochton-Innenohr-Schwerhörigkeit, über deren Verlauf wir seit 1996 im Rahmen wiederholter audiometrischer Untersuchungen orientiert sind. Dabei können wir feststellen, dass in diesen letzten 5 Jahren das Gehör allmählich mit der bereits erwähnten Asymmetrie pantonal abgenommen hat. Dabei stand bereits im Rahmen früherer Abklärungen die Frage im Raum, ob diese progrediente Gehörsabnahme allenfalls berufslärmbedingt sein dürfte. Hierzu ist festzustellen, dass dieser Patient seit Ende der 70er-Jahre, als er während 6 Jahren im Grenzbereich gehörgefährdendem Lärm exponiert war, beruflich nie mehr gehörgefährdend lärmexponiert war. Trotzdem war es auch im Verlaufe der letzten Jahre zu einer progredienten Gehörsabnahme gekommen. Nun wird mit ärztlichem Bericht vom 19. September 2000 ein akustisches Trauma für eine in der Zwischenzeit eingetretene weitere Abnahme des Gehörs verantwortlich gemacht. Die technische Abklärung des angeschuldigten Ereignisses mit allergrösster Wahrscheinlichkeit nicht gehörgefährdend war. Damit war es auch mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht die Ursache für eine weitere Abnahme des Gehörs, sondern diese liegt in einer berufslärmfremden progredienten Gehörsabnahme, wie sie bereits seit längerer Zeit dokumentiert ist. Es handelt sich hier also bei der aktuell bestehenden Schwerhörigkeit weder um Unfallfolgen noch um eine Berufskrankheit " (doc. \_ - la sottolineatura è del redattore). In data 30 marzo 2001, su ordine dell' \_\_\_\_\_, \_\_\_\_\_ si è sottoposto ad una visita di controllo presso il dottor \_\_\_\_\_, spec. FMH in otorinolaringoiatria (cfr. doc. \_). Il dottor \_\_\_\_\_, da parte sua, ha ancora avuto modo di manifestare la propria opinione riguardo all'eziologia dei noti disturbi uditivi, prendendo posizione in merito al rapporto 3 aprile 2001 del collega \_\_\_\_\_: " Offensichtlich ist hier nun einiges "schief" gelaufen: Einerseits hatten wir den aktuellen Schadenfall mit Datum vom 21.8.2000. Diesbezüglich habe ich mich ja am 5.3.2001 edierbar geäußert. Nun lief ja bei diesem Patienten bereits früher ein Schadenfall mit der Frage nach einer Berufslärmschwerhörigkeit. Auch hier hatte ich ja damals eine entsprechende Beurteilung abgegeben und eine nochmalige Kontrolle empfohlen. Nun wurde, obwohl der Patient ja in der Zwischenzeit bereits \_\_\_\_\_ -ärztlich kontrolliert wurde und die weitere Progression dokumentiert werden konnte, der Patient jetzt trotzdem noch einmal geschickt, ungeachtet der Tatsache des inzwischen eingetretenen fraglichen Schadenfalles. Nun wurde der Patient noch einmal abgeklärt und auch diese jüngste Abklärung ergibt keine neuen Aspekte. Wir können also feststellen, dass bei diesem Patienten nach wie vor weder eine Berufslärmschwerhörigkeit noch Folgen des Unfalles vorliegen. Meine Beurteilung vom 5.3. gilt nach wie vor " (doc. \_ - la sottolineatura è del redattore). Interpellato da questa Corte nel corso del mese di febbraio 2002 (cfr. V), lo specialista \_\_\_\_\_ ha diffusamente illustrato le ragioni per cui i disturbi all'udito non possono essere considerati conseguenza del primo episodio di deflagrazione: " In Ergänzung zu meiner Beurteilung vom 05.03.01 und unter Bezugnahme auf das Schreiben des Gerichtes vom 18.02.02 kann aus fachärztlich-arbeitsmedizinischer und otologischer Sicht Folgendes festgehalten werden: Bei diesem Patienten besteht eine beidseitige, linksbetonte Innenohrschwerhörigkeit, welche gesamthaft gesehen nicht erheblich ist. Im Weiteren wissen wir, dass diese Hörstörung im Rahmen wiederholter audiometrischer Untersuchungen in ihrer Ausprägung konstant ist, jedoch allgemein progredient abnimmt. Bereits 1996 bestand also die Seitendifferenz zu Ungunsten der linken Seite. Wenn im spezialärztlichen Bericht von Dr. \_\_\_\_\_ vom 29.04.98 oder auch im Bericht vom 03.04.01 von den Folgen eines knall- resp. explosionstraumatischen Ereignisses bezüglich der linksseitig bestehenden zusätzlichen Gehörsabnahme gesprochen wird, so stützt sich

diese Aussage lediglich auf die Anamnese resp. die Angaben des Patienten. In der Tat müsste hier, falls eine gehörsgefährdende Belastung des Gehöres 1996 anlässlich der Verpuffung stattgefunden hätte, mit überwiegender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass dieser zusätzliche Hörverlust die Folge dieses Ereignisses ist. Dies aber nur aufgrund des anamnestischen Zusammenhanges, nicht jedoch aufgrund der Befunde, welche nicht spezifisch sind für ein solches Ereignis. Nun wissen wir aufgrund einer technischen Beurteilung des Sicherheitsingenieurs \_\_\_\_\_ mit Bericht vom 16.02.01, dass das hier zur Diskussion stehende Schadenereignis nicht geeignet war, eine lärmtraumatische Schädigung hervorzurufen, da weder der sogenannte \_\_\_\_\_ -Wert noch der Peak-Wert die Limiten der Gehörschädlichkeit erreicht hatten. Damit kann gesagt werden, dass nicht nur nicht die Limiten der Gehörschädlichkeit erreicht wurden, sondern nicht einmal der Grenzbereich einer potenziellen Gehörsgefährdung anlässlich des zur Diskussion stehenden Ereignisses. Aufgrund dieser Tatsachen muss gesagt werden, dass eine Verursachung der zusätzlichen Hörverlustes auf der linken Seite - welche im üblichen nicht erheblich ist - nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit als Folge des damaligen Ereignisses bezeichnet werden kann. Im Weiteren sei darauf hingewiesen, dass trotz der Tatsache, dass der Patient beruflich seit vielen Jahren nicht mehr hörsgefährdend lärmexponiert ist, auch nicht im Grenzbereich, und trotzdem das Gehör in diesen vergangenen Jahren weiter kontinuierlich abgenommen hat, mit grosser Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass bei diesem Patienten eine endogen-degenerative Gehörsabnahme vorliegt, welche auch die Asymmetrie durchaus zu erklären vermag, wie auch im Übrigen den ganzen Hörverlust im überwiegenden Masse " (VI-3). 2.5.

Attentamente esaminate le tavole processuali, questo TCA ritiene che l'opinione del dottor \_\_\_\_\_ - specialista nella materia che qui interessa - possa validamente costituire da supporto probatorio al giudizio che ora lo occupa. Al proposito, va ricordato che, per costante giurisprudenza, quando l'istruttoria da effettuare d'ufficio conduce l'amministrazione o il giudice, in base ad un apprezzamento coscienzioso delle prove, alla convinzione che la probabilità di determinati fatti deve essere considerata predominante e che altri provvedimenti probatori più non potrebbero modificare il risultato (valutazione anticipata delle prove), si rinuncerà ad assumere altre prove (RCC 1986 p. 202 consid. 2d; sentenza TFA del 27 ottobre 1992 in re A.B.P.; sentenza TFA del 13 febbraio 1992 in re M.O.; sentenza TFA del 13 maggio 1991 in re A.A.; sentenza TCA del 25 novembre 1991 in re G.M.; F. Gygi, Bundesverwaltungsrechtspflege, 2a ed., pag. 274; U. Kieser, Das Verwaltungsverfahren in der Sozialversicherung, Zurigo 1999, p. 212; Kölz/Häner, Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes, 2a ed., p. 39 e p. 117) senza che ciò costituisca una lesione del diritto di essere sentito sancito dall'art. 29 cpv. 2 nCost. (DTF 124 V 94 consid. 4b, 122 V 162 consid. 1d e sentenza ivi citata). Come poc' anzi detto, il TCA, chiamato a pronunciarsi su una questione sostanzialmente di carattere medico, non ha in concreto motivi di scostarsi dalle valutazioni enunciate dallo specialista consultato dall' \_\_\_\_\_, il cui contenuto non è affatto stato smentito, se si considera che, per costante giurisprudenza, in un procedimento assicurativo sociale l'amministrazione è parte solo dopo l'instaurazione della controversia giudiziale mentre invece nella fase che precede la decisione essa è un organo amministrativo incaricato di attuare il diritto oggettivo (cfr. RAMI 1997 U281, p. 282; DTF 104 V 209; sentenze inedite 5 gennaio 1993 in re S., 5 aprile 1984 in re M. e 2 novembre 1983 in re M.; U. Meyer-Blaser, Die Rechtspflege in der Sozialversicherung, BJM 1989, p. 30ss.). Il TFA, nella DTF 122 V 157ss., ha ancora precisato che dagli artt. 4 Cost. e 6 n. 1 CEDU non può

essere dedotto un diritto formale di essere sottoposto a perizia medica esterna da parte dell'istituto assicuratore quando si tratti di lite in materia di prestazioni. Nell'ambito del libero apprezzamento delle prove é, in linea di principio, consentito che l'amministrazione ed il giudice delle assicurazioni sociali fondino la loro decisione esclusivamente su basi di giudizio interne dell'istituto assicuratore: in questo caso, devono, però, essere poste esigenze severe per quanto riguarda l'imparzialità e l'attendibilità di simili prove (cfr., pure, RAMI 1999 U356, p. 572). Nella DTF 125 V 351 seg. (= SVR 2000 UV10, p. 33ss. e RAMI 1999 U356, p. 572), la nostra Corte federale ha ribadito che ai rapporti allestiti da medici alle dipendenze di un'assicurazione deve essere riconosciuto pieno valore probante, a condizione che essi si rivelino essere concludenti, compiutamente motivati, di per sé scevri di contraddizioni e, infine, non devono sussistere degli indizi che facciano dubitare della loro attendibilità. Il solo fatto che il medico consultato si trovi in un rapporto di dipendenza con l'assicuratore, non permette già di metterne in dubbio l'oggettività e l'imparzialità. Devono piuttosto esistere delle particolari circostanze che permettano di ritenere come oggettivamente fondati i sospetti circa la parzialità dell'apprezzamento. La somma Istanza - in una sentenza dell'8 settembre 2000 nella causa C., inedita - ha precisato che la circostanza che il medico di fiducia si sia pronunciato dopo che l'affare è divenuto contenzioso, non è, di per sé, sufficiente per suscitare dei dubbi circa la sua imparzialità. Per quel che concerne il valore probante di un rapporto medico determinante é che il rapporto sia completo sui temi sollevati, che sia fondato su esami approfonditi, che tenga conto delle censure dell'assicurato, che sia stato redatto in piena conoscenza della pregressa vicenda valetudinaria (anamnesi), che sia chiaro nella presentazione del contesto medico e che le conclusioni siano chiare, motivate e condivisibili (RAMI 1991 pag. 311 consid. 1; RAMI 1996 pag. 191ss.; DTF 122 V 160ss. consid. 1c e riferimenti; STFA 29.9.1998 in re UAI c. F. non pubbl.). Determinante dal profilo probatorio non é, dunque, di principio, l'origine del mezzo di prova o la sua designazione quale rapporto o perizia, bensì il suo contenuto (DTF 122 V 160 in fine). È a torto che il ricorrente mette in dubbio la fondatezza della tesi difesa dal dottor \_\_\_\_\_, siccome le valutazioni da lui espresse - precisamente quelle datate 20 novembre 2000 e 5 marzo 2001 - si rivelerebbero contraddittorie fra loro (cfr. I, p. 2). In effetti, si è già avuto modo d'osservare che, con il suo primo referto, lo specialista ha semplicemente ipotizzato (cfr. doc. \_: "Diese Zunahme gegenüber 1998 in erheblichem Ausmasse dürfte wohl auf dieses Ereignis zurückzuführen sein") che lo scoppio dell'agosto 2000 potesse trovarsi all'origine del peggioramento uditivo. Egli ha peraltro auspicato che venissero eseguiti degli ulteriori accertamenti, in particolare a proposito delle circostanze in cui avvenne l'infortunio. In seguito - preso atto delle risultanze dell'inchiesta esperita in ditta da un ispettore dell'\_\_\_\_\_ (cfr. doc. \_) nonché del parere tecnico formulato dall'ingegner \_\_\_\_\_ (cfr. doc. \_) - il dottor \_\_\_\_\_, con il referto datato 5 marzo 2001, ha finalmente negato un'influenza dell'infortunio sul peggioramento (cfr. doc. \_). In questo senso, non può essere riconosciuto un sufficiente valore probante all'apprezzamento enunciato dal dottor \_\_\_\_\_ il 29 aprile 1998 (doc. \_), nella misura in cui lo specialista ha manifestato il proprio parere riguardo all'eziologia dei disturbi, senza conoscere i dettagli tecnici riguardanti l'esplosione (cfr. VI-3: "Wenn im spezialärztlichen Bericht von Dr. \_\_\_\_\_ vom 29.04.98 oder auch im Bericht vom 03.04.01 von den Folgen eines knall- resp. explosionstraumatischen Ereignisses bezüglich der linksseitig bestehenden zusätzlichen Gehörsabnahme gesprochen wird, so stützt sich diese Aussage lediglich auf die Anamnese resp. die Angaben des Patienten" - la sottolineatura è del redattore). Lo scrivente TCA non può neppure ignorare il fatto che \_\_\_\_\_ si è limitato a sostenere

una tesi contraria a quella difesa dall'Istituto assicuratore convenuto, senza tuttavia minimamente sostanziarla da un profilo medico-scientifico. D'altro canto, l'argomento dell'insorgente secondo cui esisterebbe un legame causale naturale fra gli infortuni ed i disturbi dell'udito, poiché questi ultimi si sarebbero manifestati soltanto dopo di essi, è privo di pertinenza (cfr. I, p. 2). In effetti, va qui rilevato che la giurisprudenza del TFA insegna che, per il solo fatto d'essere apparso dopo l'infortunio, un disturbo alla salute non può già essere considerato come una sua conseguenza, secondo l'adagio "post hoc, ergo propter hoc" (DTF 119 V 341s. consid. 2b/bb con riferimenti; STFA del 31 luglio 2001 nella causa A., consid. 3c, U 492/00; STCA del 2 settembre 1999 nella causa M.; cfr., pure, Th. Frei, Die Integritätsentschädigung nach Art. 24 und 25 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung, Friburgo 1998, p. 30, nota 96). In esito ai considerandi che precedono, non presentando \_\_\_\_\_ più alcun postumo residuale degli eventi infortunistici assicurati, deve essergli senz'altro negato il diritto di percepire un'indennità per menomazione dell'integrità.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.